

Mutterschaft und die Veränderung der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten

Lena Liechti*

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht, wie die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten durch den Übergang in die Mutterschaft beeinflusst werden und ob dabei bildungsspezifische Unterschiede auftreten. Längsschnittanalysen mit Daten des Schweizer Haushalt-Panels zeigen, dass mit der Geburt des ersten Kindes die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen steigen. Diese Erhöhung ist allerdings nur von vorübergehender Dauer. Kein klares Muster zeichnet sich bei den bildungsspezifischen Analysen ab.

Schlüsselwörter: Mutterschaft, Einstellung, Geschlechterungleichheiten, Bildung, Längsschnittanalyse

Maternité et changement d'attitude à l'égard des inégalités de genre

Résumé: Cet article examine comment l'attitude à l'égard des inégalités de genre change avec la transition vers la maternité. Basée sur les données du Panel suisse de ménages, une analyse longitudinale indique qu'après la naissance du premier enfant, la perception des inégalités de genre augmente et que les femmes se positionnent également plus en faveur de mesures de promotion des femmes. Cette augmentation n'est toutefois que temporaire et les analyses selon le niveau d'éducation n'indiquent pas d'effets tangibles.

Mots-clés: maternité, attitude, inégalités de genre, formation, analyse longitudinale

Motherhood and Change in Women's Attitudes towards Gender Inequality

Abstract: This study investigates how women's attitudes towards gender inequality changes with the transition to motherhood and if there are differences between educational classes. Longitudinal analysis using Swiss Household Panel data show an increase in women's perception of gender inequality and readiness for affirmative action after the birth of a first child. The increase, however, is only temporary. There is no clear evidence for group-specific differences in separate analyses for different educational levels.

Keywords: maternity, attitude, gender inequality, education, longitudinal analysis

1 Einleitung

Die neue Frauenbewegung hat in der Schweiz massgeblich dazu beigetragen, das Bewusstsein bezüglich den Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu verändern (Linder 2005, 133) und den Weg für die Institutionalisierung von gleichstellungs-

* Departement für Sozialwissenschaften, Universität Freiburg, CH-1700 Freiburg, lena.liechti@gmail.com.

spezifischen Anliegen zu ebnen (Senti 1994). Die Gleichstellung der Geschlechter ist seit 1981 in der Bundesverfassung verankert und wurde 1996 im Gleichstellungsgesetz konkretisiert. Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung lehnt Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern ab (Stamm et al. 2003, 221–227).

Trotz dieser rechtlichen und normativen Verankerung der Geschlechtergleichstellung sind Geld, Macht und Anerkennung nach wie vor sehr ungleich zwischen Frauen und Männern verteilt (BFS 2015). Besonders akzentuiert sind Geschlechterungleichheiten, wenn Mütter und Väter verglichen werden. Kinder wirken sich insbesondere für Frauen negativ auf die berufliche Tätigkeit und somit den Zugang zu gesellschaftlich anerkannten Ressourcen aus (Bauer 2000; Giudici und Gauthier 2009).

Wer in der Schweiz Kinder kriegt, sieht sich mit einer ausgeprägten strukturellen Unvereinbarkeit von Beruf und Familie konfrontiert. Seit Mitte der 1990er-Jahre findet zwar eine Expansion der Familienpolitik statt (Moser 2008), primär mit der Intention, die Erwerbstätigkeit von Frauen und insbesondere von Müttern zu erhöhen (Wecker 2006; Madörin et al. 2012). Trotzdem ist die Schweiz bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie im internationalen Vergleich eine Nachzüglerin und insgesamt werden nach wie vor eher traditionelle Familienmodelle begünstigt (Thoenen 2010). Entsprechend findet in Paaren mit dem Übergang in die Elternschaft häufig eine starke Traditionalisierung der Arbeitsteilung statt (Levy und Ernst 2002; Widmer et al. 2004).

Der vorliegende Beitrag untersucht die subjektive Wahrnehmung und Bewertung dieser strukturellen Geschlechterungleichheiten. In einem ersten Schritt wird analysiert, ob das Mutterwerden die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten beeinflusst. Konkret wird gefragt, wie sich die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Befürwortung von Gleichstellungsmassnahmen mit dem Übergang in die Mutterschaft verändern. In einem zweiten Schritt wird mit der Qualifikation der Frauen ein Moderator untersucht, der möglicherweise den Zusammenhang zwischen Mutterschaft und den Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten beeinflusst. Die Bildungsschicht trennt unterschiedliche Lebenswelten. Sie beeinflusst die eigenen Interessen als Mutter und die Berührung mit der (strukturellen) Unvereinbarkeit von Familie und Beruf und prägt damit die Wahrnehmungen und Interessen in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter (Gerson 1987; Rosenberger 1996; Shalev 2008).

Der Fokus auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten von Frauen ist relevant, weil eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter unter anderem auch davon abhängig sein kann, ob Frauen ihre strukturell benachteiligte Situation erkennen und Massnahmen befürworten, die einen sozialen Wandel in diesem Bereich begünstigen (Tougas et al. 1995; Kehn und Ruthig 2013). In intimen Beziehungen kann ein erhöhtes Bewusstsein gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheiten Frauen dazu befähigen, egalitäre Arbeitsteilungsarrangements auszuhandeln

(Thompson 1993; Benjamin und Sullivan 1999). Die bildungsspezifischen Analysen geben zudem Aufschluss darüber, inwiefern sich in der Schweiz eine soziale Spaltung zwischen Frauen bezüglich gleichstellungsspezifischen Aspekten zeigt. Gruppenspezifische Divergenzen in diesem Bereich können unter Umständen das Mobilisierungspotenzial für entsprechende gleichstellungspolitische Forderungen schwächen (Shalev 2008).

2 Forschungsstand

Für die USA zeigen Kehn und Ruthig (2013), dass die Ansicht weit verbreitet ist, Diskriminierungen gegen Frauen hätten seit 1950 stark abgenommen. Allerdings wird die Verringerung von Geschlechterungleichheiten optimistischer eingeschätzt, als objektive Daten vermuten lassen. Bereits in den 1990er-Jahren diagnostiziert Rhode (1997) ein “‘No Problem’ Problem”. Demnach werden Geschlechterungleichheiten kaum mehr wahrgenommen, geschweige denn als soziales Problem bezeichnet. Stephens und Levine (2011) zeigen, wie die verbreitete Annahme, Handlungen seien das Ergebnis individueller und freier Entscheidungen, amerikanische Mütter daran hindert, strukturelle Barrieren und geschlechtsspezifische Diskriminierungen für ihren Arbeitsmarktausstieg verantwortlich zu machen. Auch bei jungen Erwachsenen in der Schweiz zeigen sich Deutungsmuster, wonach Geschlechterverhältnisse als Ergebnisse individueller und selbstverantworteter Entscheidungen interpretiert werden (Nussbaumer 2014). Aus verschiedenen Studien geht allerdings auch hervor, dass Frauen im Vergleich zu Männern Geschlechterungleichheiten eher wahrnehmen, kritisieren und Massnahmen zur Reduktion von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten befürworten (Davis und Robinson 1991; Kane 1998; Thomas 2001; Kehn und Ruthig 2013; Nussbaumer 2014).

Verschiedene Arbeiten befassen sich mit den Determinanten der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten von Frauen. Hier ist der Streitpunkt vor allem, ob eher langfristige ideologische Dispositionen (z. B. Reingold und Foust 1998) oder aber demografische Merkmale (z. B. Plutzer 1991) ausschlaggebend sind. Die Forschungsliteratur liefert Evidenz für beide Erklärungskomponenten. Da in diesem Beitrag primär demografische Aspekte relevant sind, werden im Folgenden diesbezügliche Ergebnisse diskutiert.

Die Studie von Kane (1995) zeigt, dass Bildung die Wahrnehmung von Geschlechterungleichheiten erhöht, zwischen dem Bildungsniveau und der Zustimmung zur Bekämpfung von Geschlechterungleichheiten allerdings ein negativer Zusammenhang besteht. Dieser Befund kann auch für die meisten Länder in der Studie von Davis und Robinson (1991) bestätigt werden. Dieselbe Studie kann keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Arbeitsmarktstatus und dem Pensum von Frauen und ihren Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten nachweisen.

Zeigen sich signifikante Effekte, dann sind diese aber positiv. Dagegen finden Studien, welche sich spezifisch mit feministischen Einstellungen von Frauen befassen, mehrheitlich positive Effekte sowohl der Bildung (Kane und Sanchez 1994; Baxter und Kane 1995; Bolzendahl und Myers 2004) als auch der Arbeitsmarktpartizipation (Bolzendahl und Myers 2004; Kroska und Elman 2009). Für den Bereich der inter-personalen Beziehungen und Abhängigkeiten innerhalb des Haushaltes zeigt sich, dass verheiratete Frauen im Vergleich zu geschiedenen oder ledigen Frauen weniger stark feministische Ideen vertreten (Plutzer 1991; Kane und Sanchez 1994; Kane 1998; Bolzendahl und Myers 2004). Allerdings können Baxter und Kane (1995) diese Effekte nicht in allen von ihnen untersuchten Ländern feststellen. Auch die ökonomische Abhängigkeit vom (Ehe)Partner verringert die Wahrnehmung von Geschlechterungleichheiten und die Befürwortung von Gleichstellungsmassnahmen in einigen (Kane und Sanchez 1994; Baxter und Kane 1995; Kroska und Elman 2009), jedoch nicht allen Studien (Plutzer 1988; Bolzendahl und Myers 2004). Schliesslich können Kane (1998) sowie Kane und Sanchez (1994) keine Effekte von Kindern auf die Einstellung zu Geschlechterungleichheiten finden. In wieder anderen Studien zeigen sich allerdings zumindest teilweise negative (Plutzer 1988; Plutzer 1991; Baxter und Kane 1995) oder aber positive Kindereffekte (Bolzendahl und Myers 2004; Kroska und Elman 2009).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass gesamtgesellschaftlich eine Diskrepanz zwischen tatsächlichen und wahrgenommenen Geschlechterungleichheiten besteht. Es zeigt sich weiter, dass bei Frauen die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und Befürwortung von Gleichstellungsmassnahmen tendenziell durch diejenigen Faktoren erhöht werden, welche individuellen Ressourcen ausserhalb des Haushaltes zugerechnet werden können (wie etwa die Bildung, das Erwerbsspensum und -einkommen). Innerfamiliäre Abhängigkeiten und Bindungen verringern dagegen tendenziell die Wahrnehmung von Geschlechterungleichheiten und die Zustimmung zu Fördermassnahmen. Wie sich die Mutterschaft auf die Einstellung zu Geschlechterungleichheiten auswirkt, kann allerdings aufgrund des aktuellen Forschungsstandes nicht eindeutig beantwortet werden.

Aus dem Forschungsstand geht ausserdem hervor, dass die meisten Studien in den 1990er-Jahren verfasst wurden und sich mehrheitlich auf die USA beziehen. Mit Ausnahme einer Masterarbeit, welche die Deutung von Geschlechterungleichheiten bei jungen Erwachsenen untersucht (Nussbaumer 2014), sind für die Schweiz keine Arbeiten zu dieser Thematik bekannt. Insofern leistet die vorliegende Studie für die Schweiz einen Forschungsbeitrag im Bereich der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten. Zudem haben die allermeisten Arbeiten einen Querschnittzugang. Damit können die Effekte von Kindern auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten aufgrund unbeobachteter Unterschiede zwischen kinderlosen Frauen und Müttern verzerrt sein. Das Problem der unbeobachteten Heterogenität in Querschnittanalysen könnte die nicht eindeutigen Kindereffekte zumindest teil-

weise erklären. Bei der hier gewählten Analyse­methode (FE-Regressionen) kann diese Verzerrung vermieden werden, da nur Variationen innerhalb von Personen berücksichtigt werden. Damit leistet die vorliegende Untersuchung auch in methodischer Hinsicht einen wichtigen Forschungsbeitrag im Bereich der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten.

3 Theoretische Betrachtungen und Hypothesen

In Anlehnung an die Literatur, welche sich mit der Herausbildung und Veränderung von feministischen Einstellungen oder allgemeiner mit Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten beschäftigt (z. B. Davis und Robinson 1991; Plutzer 1991; Kane und Sanchez 1994; Bolzendahl und Myers 2004; Kroska und Elman 2009), geht dieser Beitrag davon aus, dass die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen primär durch zwei Dimensionen bestimmt wird. Einerseits werden Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten durch Erfahrungen mit feministischen Ideologien oder diskriminierenden Situationen etwa durch die Sozialisation, den Bildungserwerb oder die Arbeitsmarktpartizipation beeinflusst und verändert. Andererseits spielen interessenbasierte Faktoren eine Rolle. Demnach werden gleichstellungsspezifische Aspekte eher dann befürwortet, wenn sich durch die Gleichstellung der Geschlechter Vorteile für die persönliche Situation ergeben bzw. wenn Vorteile antizipiert werden. Im Folgenden wird auf die beiden Ansätze mit den Begriffen *erfahrungs-* bzw. *interessenbasiert* rekurriert.¹

3.1 Mutterschaft und Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten

Die Familiengründung geht für viele Paare und insbesondere Frauen mit grossen Veränderungen in der Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit (z. B. Levy und Ernst 2002; Widmer et al. 2004; Kühhirt 2012) sowie einer Zunahme der gesamten Arbeitsbelastung einher (z. B. Craig 2006; Craig und Mullan 2010). Zudem ist die Rolle der Mutter und des Vaters jeweils mit bestimmten gesellschaftlichen Erwartungen verbunden (z. B. Pfau-Effinger 2000). Beispielsweise wird die Erwerbsarbeit von Frauen mit kleinen Kindern in der Schweiz trotz steigender Akzeptanz nach wie vor ambivalent bewertet und eine aktive Mutterschaft wird gemeinhin als Pflicht, eine aktive Vaterschaft dagegen eher als Option wahrgenommen (Wecker 2006; Madörin et al. 2012). Basierend auf den obigen theoretischen Ansätzen kann daher argumentiert werden, dass mit dem Übergang zur Mutterschaft die Erfahrung mit diskriminierenden Situationen, die Konfrontation mit gleichstellungsspezifischen

1 Starke Parallelen zu diesen beiden Ansätzen finden sich in politikwissenschaftlichen Modellen, welche die Position von Frauen gegenüber gleichstellungspolitisch-relevanten Fragen sowohl aus den je spezifischen Lebensbedingungen, welche konkrete Interessen begründen («Interessen-Modell»), aber auch aufgrund längerfristiger Prädispositionen («symbolische-Politik-Modell») erklären (z. B. bei Senti 1998).

Ideen oder das Interesse in Bezug auf gleichstellungspolitische Anliegen beeinflusst werden. Damit ist eine entsprechende Veränderung in der Wahrnehmung und Beurteilung von Geschlechterungleichheiten zu erwarten. In welcher Weise die Geburt von Kindern die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten beeinflusst, wird allerdings kontrovers diskutiert (vgl. Kroska und Elman 2009).

Die erste Argumentation geht davon aus, dass bei traditionelleren Familien- bzw. Arbeitsteilungsarrangements, welche häufig mit der Familiengründung einhergehen, eine Verschiebung der Prioritäten vom Erwerbs- zum Familienleben stattfindet. Dies kann zu einer geringeren persönlichen Berührung mit feministischen Ideen (Gerson 1987; Plutzer 1988; Kane und Sanchez 1994) und arbeitsmarktspezifischen Diskriminierungen führen und auch mit einer geringeren Befürwortung von Frauenfördermassnahmen verbunden sein (Bolzendahl und Myers 2004, 765; Kroska und Elman 2009, 369). Mütter können unter Umständen sogar ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Geschlechterhierarchien haben, im Rahmen derer die Männer in der Rolle als Familienernährer gestärkt werden (Gerson 1987). Damit wäre zu erwarten, dass die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen mit der Mutterschaft abnehmen.

Die zweite Argumentation geht hingegen davon aus, dass aufgrund der strukturellen Unvereinbarkeit von Beruf und Familie und den geschlechterstereotypen Erwartungen im Zusammenhang mit der Elternschaft die Grenzen der Geschlechtergleichstellung insbesondere mit dem Übergang in die Elternschaft sichtbar werden. Vor dem Hintergrund der asymmetrischen Arbeitsteilung sind mehrheitlich Mütter auf Familien- bzw. Vereinbarkeitspolitik angewiesen. Die für Kinder zu erbringende zusätzliche Betreuungsarbeit kann auch die Forderung nach mehr Gleichstellung in der innerfamiliären Arbeitsteilung verstärken (Kroska und Elman 2009, 370). Aus dieser Argumentation folgt, dass die Familiengründung für Frauen mit einer stärkeren Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und einer höheren Befürwortung von Frauenfördermassnahmen einhergeht.

Somit sind mit dem Übergang in die Mutterschaft sowohl aus einer erfahrungs- wie auch aus einer interessenbasierten Logik beide Entwicklungsrichtungen der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten denkbar. Entsprechend lassen sich zwei gegensätzliche allgemeine Hypothesen formulieren:

- › Hypothese 1: Der Übergang in die Mutterschaft reduziert die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen.
- › Hypothese 2: Der Übergang in die Mutterschaft erhöht die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen.

Im Folgenden wird nun diskutiert, welche bildungsspezifischen Unterschiede beim Einfluss der Familiengründung auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten denkbar sind.

3.2 Bildung, Mutterschaft und Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten

Durch Bildung werden Wissen und Werte vermittelt, welche die Sensibilität für verschiedene Formen von sozialen Ungleichheiten sowie die Befürwortung einer Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder erhöhen (Kane 1995). Dadurch sollten höher Gebildete Geschlechterungleichheiten stärker wahrnehmen und Massnahmen zur Reduktion von Ungleichheiten eher begrüßen als tiefer Gebildete (Davis und Robinson 1991, 73; Kane 1995). Verschiedene Untersuchungen zeigen denn auch, dass höher Gebildete egalitäre Rollenbilder vertreten (Svallfors 2006; Shalev 2008; Davis und Greenstein 2009).

Shalev (2008) bestätigt zwar, dass besser qualifizierte Frauen egalitäre Geschlechterrollen vertreten. Was indes die Befürwortung von Gleichstellungsmassnahmen betrifft, kommt er zum gegenteiligen Schluss. Nämlich, dass gerade höher gebildete Mütter kein grosses Interesse an Gleichstellungsmassnahmen haben. Erstens, weil ihr Berufsverlauf weniger von Vereinbarkeitsproblemen beeinträchtigt wird. Eine Studie für die Schweiz zeigt beispielsweise, dass Kinder die berufliche Karriere von promovierten Frauen nicht zwingend negativ beeinflussen (Schubert und Engelage 2010). Höher gebildete Mütter sind grundsätzlich weniger stark auf Vereinbarkeitsmassnahmen angewiesen bzw. aufgrund der individuellen Ressourcen weniger durch institutionelle Rahmenbedingungen beschränkt (Del Boca et al. 2009; Korpi et al. 2013). Zweitens, weil Frauenfördermassnahmen unter Umständen paradoxerweise sogar die Karrierechancen von besserqualifizierten Frauen beeinträchtigen können (Mandel 2011; Mandel 2012; Mandel und Semyonov 2006).²

Diese Argumentation kann dadurch gestützt werden, dass über das Bildungssystem auch individualistische und meritokratische Orientierungen gefördert werden. Aus einer meritokratischen Perspektive werden Massnahmen zum Abbau von gruppenspezifischen Benachteiligungen und damit auch Frauenfördermassnahmen entschieden zurückgewiesen (Davis und Robinson 1991, 73; Kane 1995).

Für die Schweiz kann gezeigt werden, dass die Vorstellung des Leistungsprinzips als Erfolgskriterium in den oberen Bildungsschichten tendenziell stärker verbreitet ist (Stamm et al. 2003, 145–152). Zudem legen betriebliche Gleichstellungsmassnahmen in der Schweiz den Fokus tendenziell stärker auf höher qualifizierte Frauen (Fuchs 2013; Lanfranconi 2014). Höher gebildete Mütter treffen somit im Vergleich zu weniger qualifizierten Müttern unter Umständen tatsächlich auf günstigere Vereinbarkeitsbedingungen. Auch vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass Erstere weniger Handlungsbedarf im Bereich der Frauenförderung sehen und entsprechend

2 Die zentrale Argumentation bezieht sich dabei auf die statistische Diskriminierung, welche durch Massnahmen erhöht werden kann, die eine Reduktion oder Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von Müttern unterstützen. Frauen weichen dadurch von der Norm einer allezeit verfügbaren Arbeitskraft ohne Familienverpflichtungen ab. Entsprechend können Arbeitgebende bei der Einstellung und Beförderung von Frauen auf verantwortungsvolle Stellen zurückhaltend sein (Mandel und Semyonov 2006). Von dieser Diskriminierungsform sind höher qualifizierte Frauen stärker betroffen (Bergmann 2008).

die Befürwortung von Gleichstellungsmassnahmen mit dem Übergang in die Mutterschaft auch nicht bzw. in einem geringeren Ausmass erhöht wird.

Erfahrungsbasierte-Argumente postulieren damit einen positiven Einfluss der Mutterschaft auf die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen primär für besser qualifizierte Frauen. Gleichzeitig kann aufgrund sowohl einer erfahrungs- wie auch interessenbasierten Argumentation vermutet werden, dass sich die Mutterschaft für niedrig qualifizierte Frauen stärker positiv auf die Zustimmung zur Frauenförderung auswirkt. Die entsprechende Hypothese lautet:

- › Hypothese 3: Der Übergang in die Mutterschaft erhöht bei höher qualifizierten Frauen die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen stärker, die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen jedoch schwächer als bei niedriger qualifizierten Frauen.

4 Daten, Variablen und Analyseverfahren

4.1 Daten und Stichprobe

Die Analysen basieren auf den Daten des Schweizer Haushalt-Panels (SHP). Das SHP ist eine seit 1999 jährlich durchgeführte repräsentative Befragung von Haushalten in der Schweiz (genauerer vgl. Voorpostel et al. 2014). Dabei werden dieselben Haushalte bzw. Personen wiederholt befragt. Beziehen sich die Analysen auf mehrere Erhebungswellen, liegen damit für eine bestimmte Person jeweils mehrere Beobachtungszeitpunkte bzw. Personenjahre vor. Die relevanten Variablen wurden für die Jahre 2000 bis 2009 sowie das Jahr 2011 erhoben. Diese elf Erhebungswellen werden in die Analysen einbezogen. Die Stichprobe umfasst Frauen, welche zwei Kriterien erfüllen. Erstens leben sie zusammen mit dem Partner in einem gemeinsamen Haushalt. Zweitens müssen die Frauen beim ersten Beobachtungszeitpunkt noch kinderlos und zwischen 18 und 45 Jahre alt sein und sich damit noch im fertilen Alter befinden. Da hier eine Analyseverfahren angewendet wird, welche ausschliesslich die Variation innerhalb von Personen berücksichtigt, bleiben nur Frauen in der Stichprobe, die gültige Angaben für mindestens zwei Erhebungswellen haben. Insgesamt erfüllen 407 Frauen in 1990 Personenjahren diese Kriterien. Davon kann bei 167 Frauen ein Übergang in die Mutterschaft beobachtet werden. Die restlichen 240 Frauen bleiben für den gesamten Beobachtungszeitraum kinderlos.³ Letztere sind im Schnitt mit 4.1 Beobachtungen in der Stichprobe vertreten und liefern insgesamt 992 Personenjahre. Die Mütter weisen durchschnittlich 2.4 Beobachtungen vor und 3.6 Beobachtungen nach der ersten Geburt auf. Dies summiert sich auf 998 Personenjahre.

³ Die immer kinderlosen Frauen bleiben in der Stichprobe, um die Kontrollvariablen zuverlässiger schätzen zu können.

4.2 Variablen

Die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen wird anhand von zwei Items gemessen. Das erste bezieht sich auf die Frage, inwiefern der Eindruck besteht, dass in der Schweiz Frauen im Vergleich zu Männern in gewissen Lebensbereichen benachteiligt sind. Das zweite Item erfasst, ob man sich selbst im Alltag gegenüber dem anderen Geschlecht benachteiligt fühlt. Damit wird die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligung auf zwei Ebenen gemessen. Einerseits die Diskriminierung von Frauen als soziale Gruppe auf einer gesellschaftlichen Ebene. Andererseits die persönliche Diskriminierung auf einer individuellen Ebene (Voorpostel et al. 2014, 75). Mit einem dritten Item wird schliesslich die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen erfasst. Die Frage bezieht sich darauf, ob man befürwortet, dass die Schweiz mehr unternehmen soll, um Frauen zu fördern. Hier geht es somit darum, inwiefern Massnahmen bzw. Politiken befürwortet werden, welche auf einen sozialen Wandel im Sinne einer Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zielen (Voorpostel et al. 2014, 75). Die Antwortmöglichkeiten zu allen drei Items werden auf einer 11-stufigen Likert-Skala gemessen (0 = überhaupt keine Benachteiligung bzw. Zustimmung zur Frauenförderung, 10 = starke Benachteiligung bzw. Zustimmung zur Frauenförderung) und in den Analysen als metrische Variablen behandelt.

Die zentrale unabhängige Variable stellt der Übergang in die Mutterschaft dar. Da angenommen wird, dass die Geburt von Kindern nicht zwingend einen sofortigen oder dauerhaft konstanten Effekt auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten hat, wird das Ereignis mit dem Alter und dem quadrierten Alter des ersten Kindes erfasst. Dies lässt eine flexible Modellierung des Effekts der Familiengründung zu. Sind keine Kinder vorhanden, wird die Altersvariable mit Null kodiert.⁴ Diese nimmt für das erste Lebensjahr des Kindes den Wert eins, für das zweite Lebensjahr den Wert zwei an usw. Selbst wenn auch die Anzahl Kinder und das Alter des jüngsten Kindes die Vereinbarkeit und damit die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten beeinflussen dürften, wird hier das Alter des ersten Kindes vorgezogen, da angenommen wird, dass mögliche Effekte vor allem beim Übergang von der Kinderlosigkeit in die Mutterschaft und weniger ausgeprägt bei weiteren Geburten auftreten. Zudem haben Analysen gezeigt, dass das Alter des ersten Kindes die Veränderungen der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten deutlich besser modelliert als das Alter des jüngsten Kindes oder die Anzahl Kinder im Haushalt.

Für die bildungsspezifische Analyse wird zwischen zwei Bildungsstufen, einem tertiären oder einem tieferen Bildungsabschluss, unterschieden. Die Bildung fließt

4 Da diese Variable für die dauerhaft kinderlosen Frauen keine Variation aufweist, wird der Kindereffekt nur aufgrund der Teilstichprobe von Frauen geschätzt, für welche der Übergang in die Elternschaft beobachtet werden kann. Im Prinzip könnte daher die Kindervariable für die immer kinderlosen Frauen mit jedem beliebigen Wert kodiert werden.

nicht als separate Variable in die Modelle ein, sondern als Interaktionsterm mit dem Alter des ersten Kindes.

In allen Modellen wird für das aktuelle Erwerbsumsatz der Frauen kontrolliert, das ebenfalls einen Einfluss auf Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten haben dürfte, da sich aus dem Erwerbstatus unterschiedliche Interessen und Erfahrungen ableiten lassen (Bolzendahl und Myers 2004; Kroska und Elman 2009). Weiter wird für den Anteil unbezahlter Hausarbeit kontrolliert, der durch die Frauen geleistet wird. Die Veränderung in den Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten könnte auch damit zusammenhängen, dass beim Übergang in die Elternschaft in der Regel auch die Belastung durch unbezahlte Hausarbeit für Frauen ungleich stärker zunimmt als für Männer (Kühhirt 2012). Ausserdem wird die politische Verortung auf einer links-rechts Skala in die Modelle aufgenommen (0 = links, 10 = rechts). Die politische Positionierung kann die Wahrnehmung und Beurteilung von sozialen Ungleichheiten im Allgemeinen (Hadler 2003; Stamm et al. 2003) und von Geschlechterungleichheiten im Besonderen (Plutzer 1991; Bolzendahl und Myers 2004; Nussbaumer 2014) beeinflussen. Weiter wird für das (quadrierte) Alter der Frauen kontrolliert, das sich in anderen Studien in diesem Bereich als relevant erwiesen hat (etwa Davis und Robinson 1991; Baxter und Kane 1995). Schliesslich werden Dummy-Variablen für die Erhebungswellen ins Modell aufgenommen, um für allfällige Periodeneffekte zu kontrollieren, etwa aufgrund unterschiedlicher Konjunkturen gleichstellungsrelevanter Themen in der öffentlichen Debatte. Um eine perfekte Kollinearität mit dem Alter der Frauen zu vermeiden, werden jeweils zwei Erhebungswellen zu einer Dummy-Variable zusammengefasst. Tabelle A1 im Anhang gibt einen Überblick zu den Modellvariablen.

4.3 Analyseverfahren

Um den Einfluss der Mutterschaft auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten zu untersuchen, werden Fixed-Effects-Regressionen (FE) geschätzt (vgl. etwa Brüderl 2010; Andreß et al. 2013). Diese Analyseverfahren eignet sich, um (kausale) Effekte von Ereignissen zu modellieren (Brüderl 2010). In den FE-Modellen wird ausschliesslich die Variation innerhalb von Beobachtungen genutzt. Dazu wird von jedem Datenwert der personenspezifische Mittelwert abgezogen (sog. Within-Transformation). Durch diese Entmittelung der Daten werden alle zeitkonstanten Elemente und somit auch der zeitkonstante personenspezifische Fehlerterm aus der Schätzgleichung eliminiert. Damit sind FE-Schätzer nicht durch personenspezifische unbeobachtete Heterogenität verzerrt. Gleichzeitig können zeitkonstante Variablen bei FE-Regressionen nur in Form von Interaktionen mit zeitveränderlichen Variablen in die Modelle aufgenommen werden.

Es werden insgesamt zwei Modelle gerechnet. Zunächst wird der Effekt von Kindern auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten ohne die Berücksichtigung von gruppenspezifischen Unterschieden betrachtet. Damit wird untersucht,

in welche Richtung sich die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten mit der Familiengründung entwickeln und somit, ob eher die erste oder die zweite Hypothese bestätigt werden kann. Um die bildungsspezifische dritte Hypothese zu prüfen, werden dann in einem zweiten Modell Interaktionen zwischen dem Alter des ersten Kindes und der Bildung der Frau gebildet. Damit wird sichtbar, ob sich der Übergang in die Mutterschaft für verschiedene Bildungsgruppen unterschiedlich auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten auswirkt und ob diese Unterschiede in die erwartete Richtung gehen.

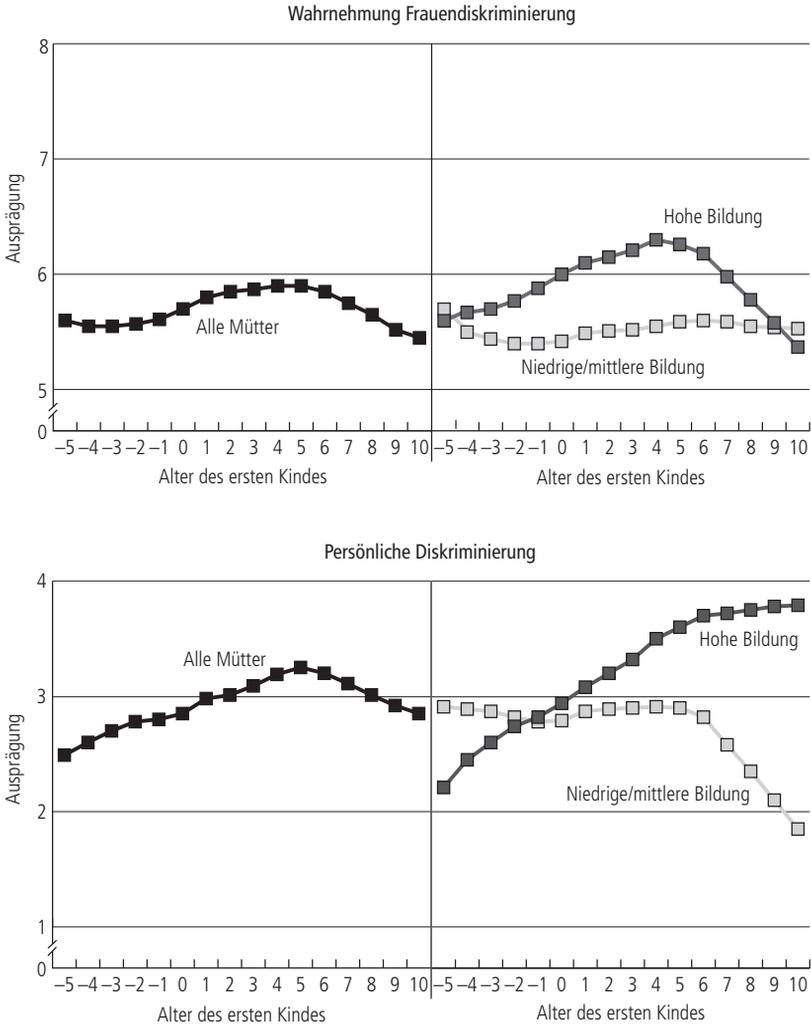
5 Ergebnisse

Zunächst werden in Abbildung 1 die deskriptiven Verläufe der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten dargestellt. Werden alle Mütter zusammen betrachtet (vgl. linker Teil der Abbildung 1), zeigt sich mit dem Übergang in die Mutterschaft ein leichter Anstieg sowohl der Wahrnehmung von Frauendiskriminierungen als auch der Zustimmung zur Frauenförderung. Dasselbe gilt für die Wahrnehmung von persönlichen Diskriminierungen. Wobei dieser Anstieg bereits vor der Geburt des ersten Kindes einsetzt. Die Einstellungsveränderungen scheinen jeweils einem umgekehrt-uförmigen Verlauf zu folgen. Weiter geht aus Abbildung 1 hervor, dass sich die Wahrnehmung der persönlichen Diskriminierung auf einem deutlich tieferen Niveau bewegt, als die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene und die Zustimmung zur Frauenförderung. Geschlechterungleichheiten werden somit durchaus als soziales Problem wahrgenommen, von welchem man aber persönlich weniger betroffen ist. Schliesslich gilt anzumerken, dass die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten im Zeitverlauf zwar durchaus variieren, sich diese Variation aber insgesamt in einem sehr schmalen Wertebereich bewegt.

Die bildungsspezifische Analyse zeigt (vgl. rechter Teil der Abbildung 1), dass höher gebildete Frauen im Vergleich zu Frauen ohne tertiären Bildungsabschluss insgesamt ein höheres Problembewusstsein gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheiten aufweisen und dieses nach der ersten Geburt auch stärker ansteigt. Bei der Beurteilung von Geschlechterungleichheiten auf einer gesellschaftlichen Ebene und deren Bekämpfung verringern sich die bildungsspezifischen Unterschiede mit zunehmender Zeit nach der Familiengründung wieder. Bildungsspezifische Divergenzen bezüglich der persönlichen Diskriminierung bestehen jedoch fort.

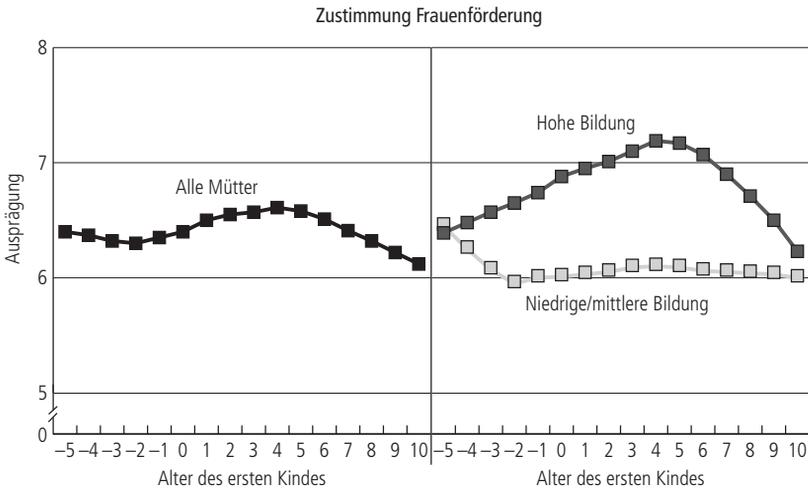
Im Folgenden werden die Ergebnisse der multivariaten Analysen präsentiert. In den Abbildungen 2 und 3 werden jeweils nur die Effekte für das Alter des ersten Kindes ausgewiesen. Die vollständigen Schätzergebnisse finden sich in den Tabellen A2 und A3 im Anhang. Wie in Abbildung 2 ersichtlich wird, steigt die Zustimmung zu allen drei Einstellungskomponenten mit dem Übergang in die Mutterschaft. Diese Erhöhung ist allerdings nur vorübergehend. Bei der Wahrnehmung von

Abbildung 1 Lowess-Regression der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten auf das Alter des ersten Kindes



Fortsetzung der Abbildung 1 auf der nächsten Seite.

Fortsetzung der Abbildung 1.



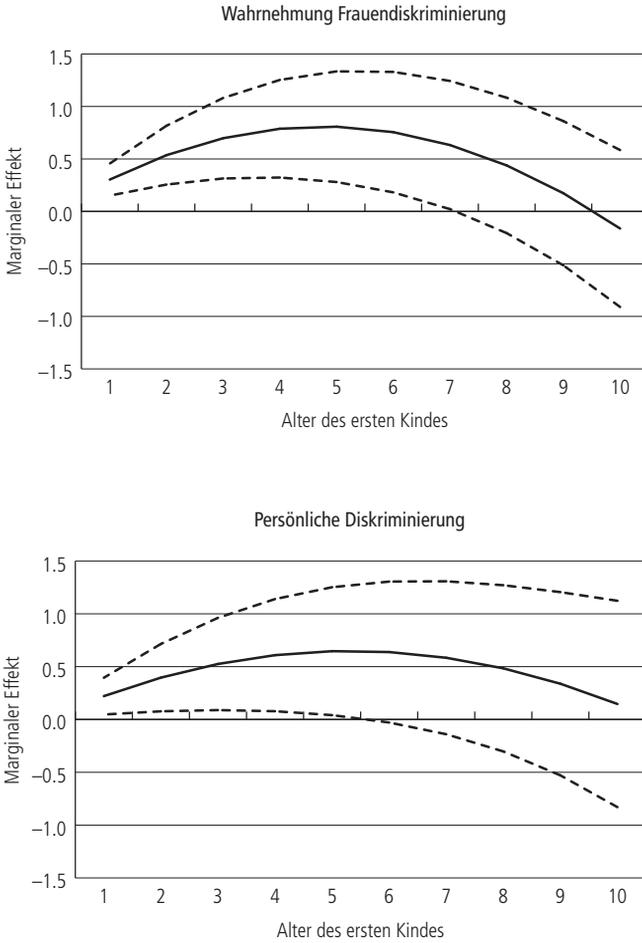
Anmerkungen: Die Variablen werden jeweils auf einer 11-stufigen Skala gemessen (0=überhaupt keine Benachteiligung bzw. Zustimmung). Negative Werte beim Alter des ersten Kindes entsprechen den Jahren vor der Geburt des ersten Kindes.

Quelle: SHP 2000–2009, 2011, eigene Berechnungen.

Frauendiskriminierungen lässt sich beispielsweise ab dem siebten Jahr nach der Familiengründung kein signifikanter Effekt mehr nachweisen (das Konfidenzintervall enthält ab hier den Wert Null). Ein ähnlicher Verlauf zeigt sich bei der Wahrnehmung von persönlichen Diskriminierungen. Wobei hier der Kindereffekt insgesamt etwas schwächer ausfällt. Der Effekt der Familiengründung auf die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen ist deutlich kurzfristiger. Nur während den ersten drei Jahren nach der Geburt werden Massnahmen zur Frauenförderung signifikant stärker befürwortet.

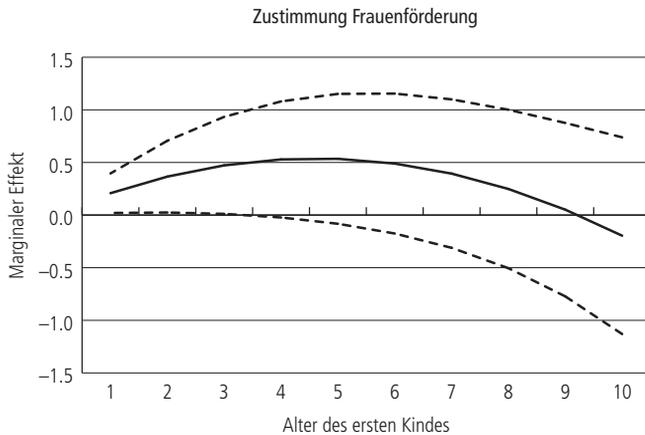
Abbildung 3 zeigt schliesslich, wie sich der Übergang in die Mutterschaft in den beiden Bildungsschichten auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten auswirkt. Die Geburt des ersten Kindes hat bei höher gebildeten Frauen einen stärkeren positiven Effekt auf die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen, sowohl auf der gesellschaftlichen wie auf der individuellen Ebene. Die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen wiederum steigt bei niedriger qualifizierten Frauen mit der Familiengründung leicht stärker als bei hoch qualifizierten Frauen. Diese

Abbildung 2 Marginaler Effekt des Alters des ersten Kindes auf die Einstellungen zu Geschlechtergleichheiten



Fortsetzung der Abbildung 2 auf der nächsten Seite.

Fortsetzung der Abbildung 2.



Anmerkungen: Conditional-Effect Plot basierend auf den Regressionsergebnissen (vgl. Tabelle A2). Die durchgezogenen Linien zeigen den marginalen Effekt, die gestrichelten Linien die obere bzw. untere Grenze des 95%-Konfidenzintervalls.

Quelle: SHP 2000–2009, 2011, eigene Berechnungen.

Ergebnisse weisen in die erwartete Richtung. Allerdings unterscheiden sich die Kindereffekte bei keiner abhängigen Variable signifikant.⁵

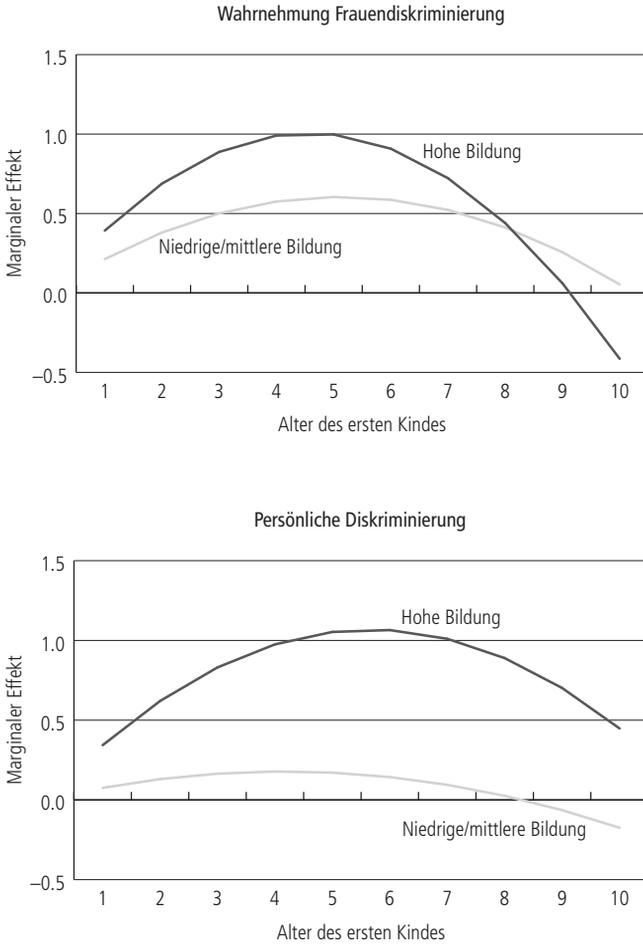
6 Diskussion

Dieser Beitrag hat untersucht, ob sich der Übergang in die Mutterschaft auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten von Frauen auswirkt. Es wurde argumentiert, dass mit der Familiengründung sowohl die Interessenstruktur als auch die Erfahrungen der Frauen verändert werden und diese beiden Faktoren die Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen beeinflussen können.

Die Analysen haben gezeigt, dass die Wahrnehmung von Frauendiskriminierungen auf einer gesellschaftlichen und persönlichen Ebene und die Zustimmung zu Frauenfördermassnahmen mit der Geburt des ersten Kindes signifikant erhöht wer-

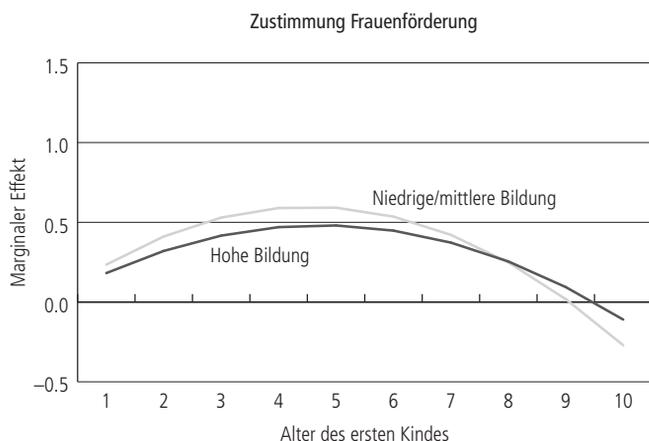
5 Ob sich die bildungsspezifischen Verläufe signifikant unterscheiden, wurde jeweils in zweifacher Weise getestet. Erstens wurde anhand einer grafischen Darstellung geprüft, ob sich die Konfidenzintervalle überlappen. Dadurch wird sichtbar, ob sich die Mutterschaft während bestimmten Zeitperioden nach der Geburt für die verschiedenen Gruppen unterschiedlich auf die Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten auswirkt. Zweitens wurde mit einem F-Test untersucht, ob sich die Effekte insgesamt signifikant unterscheiden.

Abbildung 3 Marginaler Effekt des Alters des ersten Kindes auf die Einstellungen zu Geschlechtergleichheiten, Interaktionen mit der Bildung der Mutter



Fortsetzung der Abbildung 3 auf der nächsten Seite.

Fortsetzung der Abbildung 3.



Anmerkungen: Conditional-Effect Plot basierend auf den Regressionsergebnissen (vgl. Tabelle A3).
Quelle: SHP 2000–2009, 2011, eigene Berechnungen.

den. Damit konnte empirische Evidenz für die zweite Hypothese gefunden werden, welche einen positiven Zusammenhang zwischen Mutterschaft und den Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten postuliert. Die Erhöhung der Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und der Befürwortung von Frauenfördermassnahmen ist allerdings nur vorübergehend. Einige Jahre nach der Geburt des ersten Kindes nimmt der Effekt ab und lässt sich schliesslich nicht mehr signifikant nachweisen.

Dieser kurvilineare Zusammenhang zwischen dem Alter des ersten Kindes und den drei untersuchten Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten lässt darauf schliessen, dass in den ersten Jahren nach der Familiengründung die Sensibilität für geschlechtsspezifische Diskriminierungen steigt und Forderungen zur Behebung von Ungleichheiten verstärkt werden. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass im schweizerischen Kontext die Grenzen der Gleichstellung von Frauen und Männern nach der Familiengründung stärker wahrgenommen werden. Die widersprüchlichen Anforderungen aus der Erwerbs- und Familienarbeit, welche durch die doppelte Vergesellschaftung von Frauen (Becker-Schmidt 2008) insbesondere an Mütter herangetragen und in der Schweiz kaum durch entsprechende Rahmenbedingungen abgeschwächt werden, scheint sich primär bei jungen Müttern in einem erhöhten feministischen Bewusstsein mit entsprechenden gleichstellungspolitischen Forderungen niederzuschlagen. Nach einigen Jahren Mutterschaft treten jedoch solche Forderungen wieder in den Hintergrund.

Eine mögliche Erklärung für den kurvilinearen Zusammenhang liefert die These über die Veränderung des normativen Bezugsrahmens. Demnach findet mit dem Übergang in die Elternschaft bzw. im Verlauf von Paarbeziehungen oftmals eine Verschiebung von der Idee eines egalitären Arbeitsteilungsarrangements hin zur Norm des bürgerlichen Familienideals statt (vgl. Grunow et al. 2007). Damit wäre denkbar, dass die neuen Arbeitsteilungsmuster, welche sich in aller Regel mit der Familiengründung aufdrängen, kurzfristig mit den Vorstellungen einer geschlechteregalitären Arbeitsteilung im Widerspruch stehen und somit eine Erhöhung der Wahrnehmung von Ungleichheiten und der Zustimmung zu Fördermassnahmen zur Folge haben. Dieser Widerspruch und damit das gesteigerte Problembewusstsein löst sich aber durch eine Anpassung des normativen Bezugsrahmens an die gelebte Praxis im Laufe der Zeit wieder auf. Le Goff und Levy (2012) können diese Anpassung der Präferenzen und Einstellung an das tatsächliche Arbeitsteilungsarrangement beim Übergang in die Elternschaft deutlich aufzeigen.

Die vorliegenden Analysen konnten keine Evidenz für die erste Hypothese liefern, welche von einem negativen Zusammenhang zwischen Mutterschaft und der Wahrnehmung von Diskriminierungen und der Befürwortung von Gleichstellungsmassnahmen ausgeht. Damit kann allerdings nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass solche negativen Kindereffekte existieren. Es stellt sich erstens die Frage, ob sich bei einer grösseren Stichprobe, welche ausserdem einen längeren Zeitraum nach der Familiengründung abdeckt, auch signifikante negative Effekte zeigen würden. Wie der kurvilineare Verlauf der vorliegenden Analyse andeutet, wäre denkbar, dass sich der Übergang in die Mutterschaft zunächst positiv dann aber negativ auf das Problembewusstsein der Frauen auswirkt. Damit könnte sowohl die erste wie auch die zweite Hypothese bestätigt werden, jedoch jeweils zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach der Familiengründung.

Ferner ist zweitens denkbar, dass die erste Hypothese zwar den Unterschied zwischen kinderlosen Frauen und Müttern in der Querschnittbetrachtung erklären kann, nicht aber den Unterschied zwischen Frauen vor und nach der Geburt von Kindern in der Längsschnittbetrachtung. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn permanent kinderlose Frauen eine durchschnittlich höhere Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen und Zustimmung zu Fördermassnahmen aufweisen als (zukünftige) Mütter, sich die Familiengründung bei letzteren jedoch positiv auswirkt.⁶ Insgesamt ist damit denkbar, dass es sich bei der ersten und der zweiten Hypothese nicht um widersprüchliche, sich gegenseitig ausschliessende, sondern sich ergänzende Annahmen handelt.

Der Beitrag hat in einem weiteren Schritt untersucht, wie der Zusammenhang zwischen Mutterschaft und der Veränderung der Einstellungen zu Geschlechterun-

6 Streng genommen würde es sich damit aber im Fall der Querschnittanalyse nicht um den «echten» Kindereffekt handeln, sondern dieser bildet andere, unbeobachtete Eigenschaften ab, welche positiv mit dem Ungleichheitsbewusstsein, jedoch negativ mit der Kinderwahrscheinlichkeit korreliert sind. Eine solche unbeobachtete Eigenschaft könnte etwa die Fertilitätsneigung sein.

gleichheiten mit dem Bildungsniveau der Frauen variiert. Die gruppenspezifischen Analysen waren allerdings insgesamt weniger ergiebig. So konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen den bildungsspezifischen Effekten der Mutterschaft gefunden werden. Immerhin weisen die Bildungsdifferenzen bei den multivariaten Analysen aber in die erwartete Richtung. Mit Ausnahme der Zustimmung zur Frauenförderung sind die bildungsspezifischen Unterschiede auch in den deskriptiven Darstellungen erwartungskonform. Entgegen der Erwartung der dritten Hypothese stimmten tertiär gebildete Mütter der Frauenförderung stärker zu als niedriger qualifizierte Mütter. Dieser Befund kann allerdings sowohl durch interessen- wie auch erfahrungsbasierte Argumente gestützt werden. Einerseits kann davon ausgegangen werden, dass besser gebildete Frauen intaktere Karrierechancen haben und deshalb mehr von der Behebung arbeitsmarktspezifischer Diskriminierungen profitieren könnten (Bolzendahl und Myers 2004, 766). Hinzu kommt, dass im Sinne der Aufklärungsthese (vgl. Kane 1995) höher Gebildete nicht nur sensibler für die Wahrnehmung von Geschlechterungleichheiten sind, sondern sich auch eher für deren Reduktion aussprechen, da mit der Bildung auch Ideen einer gleichberechtigten Gesellschaft vermittelt werden.

Zusammengenommen zeigen sich in den deskriptiven Darstellungen zwar durchaus Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen. Diese können in den multivariaten Analysen allerdings nur sehr bedingt bestätigt werden. Insgesamt finden sich hier somit keine eindeutigen Hinweise auf eine soziale Spaltung bezüglich den Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten von Frauen bzw. Müttern, wie sie etwa bei Gerson (1987) oder Shalev (2008) beschrieben wird.

Die fehlende empirische Evidenz reicht natürlich nicht für eine Widerlegung dieser Prognosen. Denn erstens können die nicht eindeutigen Ergebnisse der bildungsspezifischen Analysen auf die eher offenen Formulierungen der abhängigen Variablen zurückzuführen sein. So wäre es etwa bei den bildungsspezifischen Analysen zentral, zwischen Massnahmen zu unterscheiden, welche die Arbeitszeit von Frauen reduzieren (z. B. durch einen Mutterschaftsurlaub) oder erhöhen (z. B. durch familienexterne Kinderbetreuung). Paradoxe Effekte sind primär bezüglich der ersten Sorte von familienpolitischen Interventionen zu erwarten (vgl. Estévez-Abe 2005). Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang auch die berechnete Frage, ob mögliche paradoxe Effekte politischer Massnahmen durch die Befragten überhaupt antizipiert und somit bei der Beantwortung der Fragen zur Frauenförderung miteinbezogen werden. Aufschlussreich wäre auch, wenn bei der Wahrnehmung von Frauenbenachteiligungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterschieden werden könnte. Kane und Sanchez (1994) können beispielsweise zeigen, dass sich die Wahrnehmung und Interpretationen von erwerbs- und haushaltsspezifischen Geschlechterungleichheiten teilweise unterscheiden.

Zweitens könnte die fehlende empirische Evidenz für die bildungsspezifische Hypothese auch daran liegen, dass die Stichprobengrösse für detaillierte Analysen eher knapp ausfällt. In diesem Zusammenhang gilt auch darauf hinzuweisen, dass

die erklärte Varianz in allen Modellen eher bescheiden ausfällt. Dies lässt darauf schliessen, dass bei den Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten nicht nur zeitveränderliche, situationsspezifische Faktoren, sondern auch längerfristige Dispositionen von zentraler Bedeutung sind (etwa Reingold und Foust 1998).

Ziel dieses Beitrags war es allerdings, die Veränderungen in den Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten beim Übergang in die Mutterschaft zu untersuchen und weniger dessen Determinanten umfassend zu bestimmen. Und hierbei konnte gezeigt werden, dass die Wahrnehmung und die Beurteilung von Geschlechterungleichheiten innerhalb des Lebenslaufs auch dynamischen Prozessen unterliegen. Inwiefern eine Mutterschaft feministisches Potenzial für sozialen Wandel in Richtung Gleichstellung der Geschlechter freilegt oder doch eher einer Perpetuierung bestehender Geschlechterverhältnisse Vorschub leistet, kann im Angesicht des kurvilinearen Verlaufs der Einstellungsänderung zu Geschlechterungleichheiten hier nicht abschliessend beantwortet werden.

Um diese Frage zu klären, sind weitere Studien erforderlich. Beispielsweise könnte mit einer umfangreicheren Stichprobe die längerfristigen Einstellungsveränderungen genauer nachgezeichnet sowie gruppenspezifische Verläufe dieser Veränderungen detailliert analysiert werden. Zudem müssten weitere Arbeiten die Verbindung zwischen der Einstellungs- und Verhaltensebene klären. Erst dann kann bestimmt werden, ob sich ein Problembewusstsein gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auch in entsprechenden Handlungen und Forderungen niederschlägt, welche zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Nicht zuletzt wären Untersuchungen angezeigt, welche die Perspektive der Männer einbeziehen. Denn das Potenzial für einen sozialen Wandel in Richtung der Geschlechtergleichstellung geht nicht alleine von Frauen aus.

7 Literatur

- Andrefß, Hans-Jürgen, Katrin Golsch und Alexander W. Schmidt. 2013. *Applied Panel Data Analysis for Economic and Social Surveys*. Berlin: Springer-Verlag.
- Bauer, Tobias. 2000. *Die Familienfalle. Wie und warum sich die Familiensituation für Frauen und Männer unterschiedlich auf die Erwerbsbiographie auswirkt – eine ökonomische Analyse*. Chur: Verlag Rüegger.
- Baxter, Janeen und Emily W. Kane. 1995. Dependence and independence: a cross-national analysis of gender inequality and gender attitudes. *Gender & Society* 9(2): 193–215.
- Becker-Schmidt, Regina. 2008. Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben. S. 65–74 in *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methode, Empirie*, hrsg. von Ruth Becker und Beate Kortendiek. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benjamin, Orly und Oriell Sullivan. 1999. Relational resources, gender consciousness and possibilities of change in marital relationships. *Sociological Review* 47(4): 294–820.
- Bergmann, Barbara R. 2008. Long leaves, child well-being, and gender equality. *Politics & Society* 36(3): 350–359.

- BFS (Bundesamt für Statistik). 2015. Gleichstellung von Frau und Mann – Daten, Indikatoren. Neuenburg: BFS, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/05/blank/key.html> (13.07.2015).
- Bolzendahl, Catherine I. und Daniel J. Myers. 2004. Feminist attitudes and support for gender equality: opinion change in women and men, 1974–1998. *Social Forces* 83(2): 759–789.
- Brüderl, Josef. 2010. Kausalanalyse mit Paneldaten. S. 963–994 in *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, hrsg. von Christof Wolf und Henning Best. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Craig, Lyn. 2006. Children and the revolution: a time-diary analysis of the impact of motherhood on daly workload. *Journal of Sociology* 42(2): 125–143.
- Craig, Lyn und Killian Mullan. 2010. Parenthood, gender and work-family time in the United States, Australia, Italy, France, and Denmark. *Journal of Marriage and Family* 72(5): 1344–1361.
- Davis, Nancy J. und Robert V. Robinson. 1991. Men's and women's consciousness of gender inequality: Austria, West Germany, Great Britain, and the United States. *American Sociological Review* 56(1): 72–84.
- Davis, Shannon N. und Theodore N. Greenstein. 2009. Gender ideology: components, predictors and consequences. *Annual Review of Sociology* 35: 87–105.
- Del Boca, Daniela, Silvia Pasqua und Chiara Pronzato. 2009. Motherhood and market work decisions in institutional context: a European perspective. *Oxford Economic Papers* 61(Suppl 1): i147–i171.
- Estévez-Abe, Margarita. 2005. Gender bias in skills and social policies: the varieties of capitalism perspective on sex segregation. *Social Politics* 12(2): 180–215.
- Fuchs, Gesine. 2013. The implementation of gender equality policies in public administration: the case of Switzerland. Paper presented at the 3rd European Conference on Politics and Gender. Barcelona, Spain, March 21–23, 2013.
- Gerson, Kathleen. 1987. Emerging social divisions among women: implications for welfare state politics. *Politics & Society* 15(2): 213–221.
- Giudici, Francesco und Jaques-Antoine Gauthier. 2009. Différenciation des trajectoires professionnelles liée à la transition à la parentalité en Suisse. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 35(2): 235–278.
- Grunow, Daniela, Florian Schulz und Hans-Peter Blossfeld. 2007. Was erklärt die Traditionalisierungsprozesse häuslicher Arbeitsteilung im Eheverlauf: soziale Normen oder ökonomische Ressourcen? *Zeitschrift für Soziologie* 36(3): 162–181.
- Hadler, Markus. 2003. Ist der Klassenkonflikt überholt? Die Wahrnehmung von vertikalen Konflikten im internationalen Vergleich. *Soziale Welt* 54(2): 175–200.
- Kane, Emily W. 1995. Education and beliefs about gender inequality. *Social Problems* 42(1): 74–90.
- Kane, Emily W. 1998. Men's and women's beliefs about gender inequality: family ties, dependence, and agreement. *Sociological Forum* 13(4): 611–637.
- Kane, Emily W. und Laura Sanchez. 1994. Family status and criticism of gender inequality at home and at work. *Social Forces* 72(4): 1079–1102.
- Kehn, Andre und Joelle C. Ruthig. 2013. Perceptions of gender discrimination across six decades: the moderating roles of gender and age. *Sex Roles* 69(5–6): 289–296.
- Korpi, Walter, Tommy Ferrarini und Stefan Englund. 2013. Women's opportunities under different family policy constellations: gender, class, and inequality tradeoffs in Western countries re-examined. *Social Politics* 20(1): 1–40.
- Kroska, Amy und Cheryl Elman. 2009. Change in attitudes about employed mothers: exposure, interests, and gender ideology discrepancies. *Social Science Research* 38(2): 366–382.
- Kühhirt, Michael. 2012. Childbirth and the long-term division of labour within couples: how do substitution, bargaining power, and norms affect parents' time allocation in West Germany? *European Sociological Review* 28(5): 565–582.

- Lanfranconi, Lucia. 2014. *Geschlechtergleichstellung durch Wirtschaftsnutzendiskurs? Eine qualitative Untersuchung (un-)gleichheitsgenerierender Mechanismen in der Umsetzung des Schweizerischen Gleichstellungsgesetzes aus diskursiver und geschlechtersensibler Perspektive*. Freiburg: Universität Freiburg.
- Le Goff, Jean-Marie und René Levy. 2012. Liens entre intentions et pratiques au moment de la transition à la parentalité. S. 83–96 in *Les dynamiques des parcours sociaux. Espace, temps, profession*, hrsg. von Vincent Caradec, Servet Ertul und Jean-Philippe Melchior. Rennes: Presses universitaires de Rennes.
- Levy, René und Michèle Ernst. 2002. Lebenslauf und Regulationen in Paarbeziehungen: Bestimmungsgründe der Ungleichheit familialer Arbeitsteilung. *Zeitschrift für Familienforschung* 14(2): 103–131.
- Linder, Wolf. 2005. *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Madörin, Mascha, Brigitte Schnegg und Nadia Baghdadi. 2012. Advanced economy, modern welfare state and traditional care regimes. The case of Switzerland. S. 43–60 in *Global Variations in the Political and Social Economy of Care. Worlds Apart*, hrsg. von Shahra Razavi und Silke Staab. New York: Routledge.
- Mandel, Hadas. 2011. Rethinking the paradox: tradeoffs in work-family policy and patterns of gender inequality. *Community, Work & Family* 14(2): 159–176.
- Mandel, Hadas. 2012. Winners and losers: the consequences of welfare state policies for gender wage inequality. *European Sociological Review* 28(2): 241–262.
- Mandel, Hadas und Moshe Semyonov. 2006. A welfare state paradox: state interventions and women's employment opportunities in 22 countries. *American Journal of Sociology* 111(6): 1910–1949.
- Moser, Julia. 2008. *Der schweizerische Wohlfahrtsstaat. Zum Ausbau des sozialen Sicherungssystems 1975–2005*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Nussbaumer, Melanie. 2014. Deutungsmuster von Geschlechterungleichheiten. Wie junge Erwachsene in der Schweiz Geschlechterungleichheiten wahrnehmen und deuten. Masterarbeit, Departement für Sozialwissenschaften, Universität Freiburg, Schweiz.
- Pfau-Effinger, Birgit. 2000. *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa*. Opladen: Leske & Budrich.
- Plutzer, Eric. 1988. Work life, family life, and women's support of feminism. *American Sociological Review* 53(4): 640–649.
- Plutzer, Eric. 1991. Preferences in family politics. Women's consciousness or family context? *Political Geography Quarterly* 10(2): 162–173.
- Reingold, Beth und Heather Foust. 1998. Exploring the determinants of feminist consciousness in the United States. *Women & Politics* 19(3): 19–48.
- Rhode, Deborah L. 1997. *Speaking of Sex. The Denial of Gender Inequality*. Cambridge: Harvard University Press.
- Rosenberger, Sieglinde. 1996. *Geschlechter – Gleichheiten – Differenzen. Eine Denk- und Politikbeziehung*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Schubert, Frank und Sonja Engelage. 2010. Sind Kinder ein Karrierehindernis für Hochgebildete? Karriere und Familie bei Promovierten in der Schweiz. *Zeitschrift für Soziologie* 39(5): 382–401.
- Senti, Martin. 1994. *Geschlecht als politischer Konflikt: Erfolgsbedingungen einer gleichstellungspolitischen Interessensdurchsetzung*. Bern: Haupt.
- Senti, Martin. 1998. Geschlecht als einheitsstiftende Kategorie? Das Abstimmungsverhalten von Frauen in gleichstellungspolitisch relevanten Sachfragen in der Schweiz. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50(4): 685–710.
- Shalev, Michael. 2008. Class divisions among women. *Politics & Society* 36(3): 421–444.
- Stamm, Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef. 2003. *Soziale Ungleichheit in der Schweiz. Strukturen und Wahrnehmungen*. Zürich: Seismo Verlag.

- Stephens, Nicole M. und Cynthia S. Levine. 2011. Opting out or denying discrimination? How the framework of free choice in American society influences perceptions of gender inequality. *Psychological Science* 22(10): 1231–1236.
- Svallfors, Stefan. 2006. *The Moral Economy of Class*. Stanford: Stanford University Press.
- Thoenen, Olivia. 2010. Reconciliation of work and family life in Switzerland. *German Policy Studies* 6(3): 13–48.
- Thomas, Charles B. Jr. 2001. Characteristics correlated with perceptions of gender inequality. *Michigan Sociological Review* 15(Fall 2001): 10–28.
- Thompson, Linda. 1993. Conceptualizing gender in marriage: the case of marital care. *Journal of Marriage and Family* 55(3): 557–569.
- Tougas, Francine, Rupert Brown, Ann M. Beaton und Stéphane Joly. 1995. Neosexism: plus ça change, plus c'est pareil. *Personality and Social Psychology Bulletin* 21(8): 842–849.
- Voorpostel, Marieke, Robin Tillmann, Florence Lebert, Ursina Kuhn, Oliver Lipps, Valérie-Anne Ryser, Flurina Schmid, Erika Antal und Boris Wernli. 2014. *Swiss Household Panel Userguide (1999–2013), Wave 15, December 2014*. Lausanne: FORS.
- Wecker, Regina. 2006. Gender and Care in der Schweiz. Traditionen und Veränderungen. S. 227–238 in *Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich*, hrsg. von Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka und Frank Schulz-Nieswandt. Zürich: Rotpunktverlag.
- Widmer, Eric, René Levy und Jaques-Antoine Gauthier. 2004. L'implication dans les champs domestique et professionnel selon les phases de la vie familiale. S. 95–108 in *Vivre en suisse 1999–2000*, hrsg. von Erwin Zimmermann und Robin Tillmann. Bern: Peter Lang.

8 Anhang

Tabelle A1 Deskriptive Statistik der Modellvariablen, Anteile in Prozent bzw. arithmetische Mittelwerte

	Frauen mit Übergang in Mutterschaft	Immer kinder- lose Frauen	Gesamte Stichprobe
Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten (0 = keine Zustimmung, 10 = vollständige Zustimmung)			
Wahrnehmung Frauendiskriminierung	5.7 (2.3)	5.5 (2.3)	5.6 (2.3)
persönliche Diskriminierung	3.0 (2.9)	2.2 (2.5)	2.6 (2.7)
Zustimmung Frauenförderung	6.4 (2.9)	6.1 (2.8)	6.3 (2.8)
Alter erstes Kind (0–11)	2.3 (2.7)	0.0 (0.0)	1.2 (2.2)
Bildung			
hoch	49%	41%	45%
niedrig/mittel	51%	59%	55%
Erwerbsspensum Frau (0–100)	59 (36)	75 (31)	67 (35)
Anteil an gemeinsamer Hausarbeit (0–1)	0.66 (0.19)	0.64 (0.21)	0.65 (0.20)
Politische Position (0 = links, 10 = rechts)	4.3 (2.0)	4.5 (1.9)	4.4 (2.0)
Alter Frau (18–63)	33 (5.6)	37 (8.2)	35 (7.1)
Erhebungswelle			
2000/2001	12%	17%	14%
2002/2003	12%	12%	12%
2004/2005	18%	19%	18%
2006/2007	21%	19%	20%
2008/2009	25%	22%	23%
2011	13%	11%	12%
N Personenjahre	998	992	1990
N Personen	167	240	407

Anmerkungen: Standardabweichung in Klammern.

Quelle: SHP 2000–2009, 2011, eigene Berechnungen.

Tabelle A2 Fixed-Effects-Regressionen zu den Determinanten der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten

	Wahrnehmung Frauendiskriminierung	Persönliche Diskriminierung	Zustimmung Frauenförderung
Alter erstes Kind	0.339*** (4.02)	0.244* (2.53)	0.233* (2.22)
(Alter erstes Kind) ²	-0.0355*** (-4.74)	-0.0229* (-2.51)	-0.0253* (-2.44)
Erwerbsspensum Frau	0.00148 (0.70)	0.00270 (1.07)	0.000115 (0.05)
Anteil Hausarbeit	-0.475 (-1.35)	-0.693 (-1.65)	-0.0659 (-0.17)
Politische Position	-0.0809 (-1.87)	-0.00243 (-0.05)	-0.00330 (-0.07)
Alter Frau	0.0669 (0.49)	0.201 (1.29)	0.0650 (0.41)
(Alter Frau) ²	-0.00224 (-1.70)	-0.00255 (-1.56)	-0.00271 (-1.62)
Konstante	6.282 (1.85)	-0.956 (-0.27)	6.760 (1.86)
N	1990	1990	1990
R ² (within)	0.022	0.018	0.016

Anmerkungen: alle Modelle kontrollieren zusätzlich für die Erhebungswelle, Schätzungen erfolgten mit robusten Standardfehlern. * $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$, *** $p \leq 0.001$, t-Werte in Klammern.

Quelle: SHP 2000–2009, 2011, eigene Berechnungen.

Tabelle A3 Fixed-Effects-Regressionen zu den Determinanten der Einstellungen zu Geschlechterungleichheiten, Interaktionen zwischen dem Alter des ersten Kindes und der Bildung der Frauen

	Wahrnehmung Frauendiskriminierung	Persönliche Diskriminierung	Zustimmung Frauenförderung
Alter Kind x hohe Bildung	0.440*** (3.89)	0.377** (3.17)	0.203 (1.63)
(Alter Kind) ² x hohe Bildung	-0.0482*** (-4.07)	-0.0332* (-2.54)	-0.0214 (-1.57)
Alter Kind x niedrige Bildung	0.236* (2.37)	0.0859 (0.64)	0.264 (1.82)
(Alter Kind) ² x niedrige Bildung	-0.0231* (-2.55)	-0.0103 (-0.83)	-0.0291* (-1.99)
Erwerbsspensum Frau	0.00122 (0.58)	0.00193 (0.78)	0.000185 (0.08)
Anteil Hausarbeit	-0.457 (-1.30)	-0.707 (-1.67)	-0.0720 (-0.18)
Politische Position	-0.0795 (-1.83)	0.000202 (0.00)	-0.00370 (-0.08)
Alter Frau	0.0671 (0.49)	0.222 (1.43)	0.0653 (0.41)
(Alter Frau) ²	-0.00223 (-1.68)	-0.00282 (-1.71)	-0.00272 (-1.62)
Konstante	6.279 (1.84)	-1.309 (-0.37)	6.755 (1.85)
N	1990	1990	1990
R ² (within)	0.024	0.022	0.016

Anmerkungen: alle Modelle kontrollieren zusätzlich für die Erhebungswelle, Schätzungen erfolgten mit robusten Standardfehlern. * $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$, *** $p \leq 0.001$, t-Werte in Klammern.

Quelle: SHP 2000–2009, 2011, eigene Berechnungen.